

Der islamische Faktor im «arabischen Frühling»

Die Muslimbrüder und andere religiös geprägte Parteien sind in den arabischen Ländern meist die am besten organisierten Oppositionskräfte gewesen. Sie spielen in der Umbruchsituation eine herausgehobene Rolle. Zugleich werden sie aber durch das aufkeimende Nationalgefühl herausgefordert. Von Volker Perthes

Nicht nur die Wahlerfolge der moderat-islamistischen Nahda-Partei in Tunesien und der Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (PJD) in Marokko haben erneut die Frage aufgeworfen, wie islamisch das Ergebnis der arabischen Revolten und Umbrüche ausfallen wird. Dabei richtet sich der Blick auf die islamischen Bewegungen selbst und ihren Beitrag zu den Umbrüchen wie auch auf die Interaktion zwischen islamistischen und mehr oder weniger säkularen politischen Gruppen in der arabischen Welt. Wie wird der «arabische Frühling» den politischen Islam selbst beeinflussen?

Die Kaida gehört zu den Verlierern

Islamische Parteien und Bewegungen sind von den Revolten in den arabischen Ländern genauso überrascht worden wie die jeweiligen Regime. Das gilt zweifellos für Tunesien und Ägypten, Syrien, Jemen und Libyen, weniger allerdings für Bahrain, wo fast alle politischen Akteure - oppositionelle genauso wie regierungsnah - sich als islamisch oder islamistisch bezeichnen. Aber nicht überall, wo Islam draufsteht, ist auch viel oder gleich viel politischer Islam drin. Die oppositionelle Islah-Partei in Jemen etwa nennt sich explizit islamisch, stellt aber vor allem eine moderne Organisationsform für eine tribale Bewegung dar. Und in der jemenitischen Regierungspartei gibt es sicherlich so viele Islamisten wie in der oppositionellen Islah.

Politisch-islamische Parteien sind in den meisten arabischen Ländern die gesellschaftlich am tiefsten verwurzelten und oft auch in der Opposition am besten organisierten Kräfte gewesen. Die ägyptische Muslimbruderschaft und deren Ableger in anderen Staaten der Region stellen die Hauptströmung dieses konservativen politischen Islam dar. Diese Bewegungen haben die Revolten nicht losgetreten, haben sich ihnen aber rasch angeschlossen. Terroristische Gruppen wie die Kaida, die sich am äusseren extremistischen Ende des politisch-islamistischen Spektrums befinden, haben mit dem friedlichen Aufstand der Bürger nicht nur nichts zu tun gehabt, sie haben diese Aufstände vielmehr bis heute nicht verstanden. Sie gehören deshalb auch zu den grössten Verlierern der Revolten und Umbrüche - unter der Voraussetzung jedenfalls, dass einzelne Staaten nicht völlig kollabieren und, wie in Somalia, staatsfreie Räume hinterlassen, die von solchen Gruppen genutzt werden können.

In Ägypten war die Muslimbruderschaft unter dem alten Regime zwar nicht zugelassen, aber toleriert und auch deshalb die am besten organisierte oppositionelle Kraft. Andere Gruppen, die die Revolte gegen das Mubarak-Regime getragen haben, erkennen an, dass die Muslimbruderschaft dank ihrer gesellschaftlichen Vernetzung, ihren logistischen Fähigkeiten und ihren zum Teil in Strassenschlachten gehärteten Aktivisten einen entscheidenden Beitrag zum Erfolg der Revolution geleistet hat. Das Gleiche gilt sicherlich für den Aufstand in Libyen, weniger allerdings für die Aufstände in Syrien oder die erfolgreiche Revolte in Tunesien. In diesen beiden Staaten sind die Netzwerke des politisch-islamischen Mainstreams sehr viel radikaler unterdrückt worden als in Ägypten. So können sich in Syrien noch heute die lokalen Koordinationskomitees, die die anhaltende Revolte tragen, eben nicht auf eine Infrastruktur der Muslimbruderschaft stützen. Anders als in Ägypten gibt es diese im Land schlicht nicht.

In allen arabischen Ländern, die Aufstände und Revolutionen erlebt haben oder erleben, war deren Inhalt kein spezifisch islamischer. Genauso wenig kann man allerdings von einem antiislamischen Inhalt dieser Revolutionen sprechen - alle Revolten waren bemerkenswert unideologisch. Die Werte, die Forderungen, die in den Protesten zum Ausdruck kamen und kommen - die Rufe nach (individueller) Freiheit, Würde, Gerechtigkeit und Demokratie -, passen in ein muslimisches Glaubenssystem, aber eben auch in andere. Die Proteste und Aufstände haben allerdings einem neuen Nationalgefühl Ausdruck gegeben: Der immer wieder wiederholte und verschiedenen Kontexten angepasste Ruf «Das Volk will!» drückte den Wunsch nach einer Wieder-Inbesitznahme der Nation und des Staates durch die Bevölkerung aus.

Das Volk entzog damit den herrschenden Regimen das Recht, im Namen der Nation zu sprechen, ganz ähnlich übrigens, wie dies 1989 in der DDR mit dem Slogan «Wir sind das Volk!» geschah. In mancher Hinsicht wurden die Moscheen in Ägypten und Tunesien, in Syrien und Jemen das, was die Kirchen in der DDR waren. Ein junger syrischer Aktivist erklärte mir auf die Frage, wie er und seine Kollegen die freitäglichen Demonstrationen in seinem Land organisieren: «Die Regierung kontrolliert die normalen Kommunikationskanäle. Deshalb, wenn jemand protestieren will, geht er freitags zu einer bestimmten Moschee, von der man weiss, dass von dort immer wieder Demonstrationen ausgehen. Das heisst nicht, dass die Demonstrationen deshalb islamisch sind. Christen kommen auch zu der Moschee, warten, bis der Gottesdienst vorbei ist. Ich persönlich bin ein Atheist. Seit dem Beginn der Aufstände gehe ich aber jeden Freitag zum Gebet, um mich dann den Demonstrationen anzuschliessen. Moscheen sind die einzigen Plätze, wo die Menschen sich versammeln können - zumindest einmal die Woche.»

Das neue Nationalgefühl der Protest- und Aufstandsbewegungen - die Überzeugung, dass es das «Volk» ist, das hier aufsteht, und nicht die Gemeinschaft der Sunniten, der Schiiten oder der Muslime - ist für die politisch-islamischen Bewegungen sowohl eine Herausforderung als auch eine Chance. Sie müssen ihren Platz hier erst finden.

Überschätzte Stärke

Konservative Parteien, die sich auf den Islam als Religion und Merkmal der Identität beziehen, haben in den arabischen Staaten eine gesellschaftliche Basis und müssen bei demokratischen oder zumindest demokratischeren Verhältnissen auch eine Rolle spielen. Wie gross die Basis dieser Bewegungen und Parteien wirklich ist, lässt sich nicht absehen. Mit der Ausnahme von Tunesien mussten sie sich in wirklich freiem Wettbewerb noch nicht zur Wahl stellen. Aus den tunesischen Wahlergebnissen und den kommenden Wahlen in Ägypten wird man erste Schlüsse ziehen. Einiges spricht dafür, dass die islamischen Parteien ihre eigene Stärke überschätzen: Immerhin hat auch in Tunesien eine Mehrheit der Bürger nicht für die islamische Partei, sondern für Parteien gestimmt, die sich selbst als im weitesten Sinne säkular oder liberal bezeichnen. Dass diese Parteien fragmentiert waren, kann man der Nahda-Partei kaum vorwerfen. In jedem Fall wird das Abschneiden politisch-islamischer Gruppen auch von der Fähigkeit anderer abhängen, sich zu organisieren, zu kooperieren und glaubwürdige Programme und Personen aufzubieten, erst in zweiter Linie dann von den Einzelheiten des Wahlrechts.

Islamische Parteien wie die Muslimbrüder wissen, dass sie mit den im weitesten Sinne «liberalen» Kräften kooperieren müssen. Sie betonen in ihrem Diskurs regelmässig die Einheit ihres jeweiligen Landes, die Bereitschaft zu Kooperation und Koalitionen, interreligiöse Toleranz und natürlich das Bekenntnis zur Demokratie. Ihre tatsächliche

Verpflichtung auf demokratische Werte und Verfahren ist bisher ungetestet; das gilt allerdings auch für ihre Konkurrenten.

Die aus der Muslimbruderschaft hervorgegangenen Parteien und Gruppierungen sind von Land zu Land unterschiedlich. Es erscheint fast als historische Ironie, dass, wenn man etwa Ägypten und Syrien vergleicht, die Muslimbruderschaft in Ägypten, in dem auch unter Mubarak liberaleren der beiden Länder, sehr viel konservativer und autoritärer erscheint als in Syrien. Die ägyptischen Muslimbrüder sind in ihrem Land sozialisiert worden und haben nie etwas anderes als ein autoritäres System kennengelernt. In Syrien dagegen, dem repressiveren der beiden Staaten, wurde die Muslimbruderschaft weitgehend zerschlagen; ihre Führer lebten im westlichen Exil und haben dort meist die Vorteile von liberalen Demokratien und Rechtsstaatlichkeit kennen- und schätzen gelernt. Das Ergebnis ist, dass die syrische Muslimbruderschaft insgesamt offener und liberaler erscheint als ihre ägyptische Schwesterpartei. Auch was das zukünftige Verhältnis Syriens zu Israel angeht, scheint die syrische Muslimbruderschaft vergleichsweise pragmatisch. So verlangt sie zwar eine Rückgabe des israelisch okkupierten syrischen Golangebiets. Aber die Vertreter der syrischen Muslimbruderschaft erklären auch, dass für sie die Zeit der militärischen Auseinandersetzungen mit Israel in der Vergangenheit liegt.

Pragmatisches Auftreten

Die Aussicht, Koalitionen bilden zu müssen, um die Transformation arabischer Staaten im Umbruch zu gestalten, ist für die «Liberalen» genauso wie für die moderaten Islamisten eine Herausforderung. Beide wissen, dass sie zusammenarbeiten müssen, haben aber wenig Vertrauen zueinander. Es scheint derzeit, dass die Muslimbrüder und andere moderat-islamistische Mainstream-Parteien ideologisch eher defensiv auftreten: Sie versuchen zu beweisen, dass sie nicht sind, was die alten Regime über sie behauptet haben. Sie bemühen sich zu zeigen, dass sie keine Extremisten und nicht antidemokratisch sind, und unterstreichen, dass sie nichts gegen Christen, andere Religionsgemeinschaften oder Frauen haben und tatsächlich für einen zivilen Staat und echte Wahldemokratie eintreten. Organisatorisch und politisch dagegen kommen sie eher selbstbewusst daher.

So haben sie Gemeinschaftslisten mit anderen politischen Kräften vorgeschlagen, in Tunesien wie auch in Ägypten auf schnelle Wahlen gedrängt, sich in Ägypten «grossherzig» bereit erklärt, nur für 50 Prozent der Sitze im neuen Parlament einzutreten. Sie behaupteten auch schon vor den Wahlen, dass sie eigentlich die wichtigste Partei und die Repräsentanten des wichtigsten Segments der Bevölkerung sind. Die Liberalen dagegen - der Begriff steht in der derzeitigen Debatte für alle nichtislamistischen Kräfte von liberalkonservativen bis zu sozialdemokratischen und kommunistischen Gruppen, die keineswegs notwendig säkular sind - fürchten, dass auch moderat-islamistische Parteien wie die Muslimbrüder oder die Nahda soziale und kulturelle Freiheiten beschränken könnten, werfen den Islamisten ein autoritäres Verhalten vor und lehnen deren Diskurs über Toleranz ab: Man will schliesslich nicht toleriert werden, sondern besteht auf gleichen Bürgerrechten. Nicht selten erheben sie auch den Vorwurf, dass die islamischen Parteien doch nur den Platz der alten Regime übernehmen wollen.

Es ist sehr wahrscheinlich, dass die Muslimbruderschaft und ihre Verwandten sich pragmatisch zeigen werden. Dazu gehört, dass sie bereit sind, auch in Regierungen oder Staaten mitzuarbeiten, die unter Umständen von liberalen Kräften geführt werden, in Ägypten etwa von den Präsidentschaftskandidaten Amr Mussa oder Mohammed al-Baradei, dann aber versuchen werden, ihren Einfluss aus der Regierung heraus zur Geltung zu bringen. Gerade in

der Bildungs- und Kulturpolitik birgt dies Konfliktstoff. Leichter ist die Kooperation zwischen liberalen und islamischen Kräften dagegen in der Wirtschafts-, Finanz- und Handelspolitik, auch in der Sozialpolitik, bei Arbeitsgesetzen oder bei der notwendigen Ausarbeitung eines Sozialversicherungssystems, möglicherweise sogar in der Aussenpolitik. Auch wenn die langfristigen Ziele islamischer und liberaler Kräfte auseinandergehen, sind Koalitionen für eine Übergangszeit zweifellos denkbar.

Die Antwort auf die langfristig vielleicht interessanteste Frage, wie der «arabische Frühling» den politischen Islam selbst beeinflusst und verändert, hängt vom Verlauf der Umbrüche und vom Erfolg der Transformationsprozesse in Staaten wie Tunesien, Ägypten, Libyen, Marokko und demnächst vielleicht auch Syrien ab. Eine plausible Faustregel mit Blick auf den politisch-islamischen Mainstream ist, dass die Pluralisierung politischer Systeme auch zu einer Pluralisierung des politischen Islam beitragen wird, wie auch eine erfolgreiche Errichtung demokratischer Institutionen die Entwicklung demokratisch-islamischer Parteien befördern dürfte.

In Ägypten sehen wir bereits, wie die Pluralisierung des politischen Systems die Muslimbruderschaft herausfordert. Nachdem gewissermassen der Deckel vom politischen Druckkessel entfernt worden ist, die Muslimbruderschaft also nicht mehr durch den Druck des Systems zusammengehalten wird, erlebt sie Abspaltungen nach rechts und links: auf der einen Seite fundamentalistische oder salafistische Kräfte, die ihr Modell am ehesten im wahhabitischen Islam Saudi Arabiens sehen, auf der anderen Seite zentristische Liberalkonservative, die sich an der türkischen AKP orientieren. Die aus überwiegend jungen ehemaligen Mitgliedern der Muslimbruderschaft gegründete at-Tayar-al-Masri-Partei (Ägyptischer Trend) hat eine islamische Wertebasis, betont aber gleichzeitig schon im Namen ihr Ägyptertum und spricht auch programmatisch nicht von der Scharia.

Die Parteienlandschaft entwickelt sich erst

Es ist wahrscheinlich, dass sich in einem konsolidierten, pluralistischen System das volle Spektrum politisch-islamischer Kräfte entwickeln wird, ähnlich, wie das bei den Konservativen in den USA, in den EU-Staaten, der Türkei oder Israel der Fall ist. Dazu würden dann sowohl religiöse Extremisten, religiöse Nationalisten, Liberalkonservative nach dem Muster der türkischen AKP oder auch vom Sufismus inspirierte liberale Gruppierungen gehören. Viele der islamischen Parteien und Gruppierungen, die jetzt in den revolutionären oder postrevolutionären islamischen Staaten eine Rolle zu spielen suchen, behaupten heute schon, so etwas wie die türkische AKP zu sein. Das gilt für die Muslimbruderschaft in Ägypten und Syrien und einige ihrer Abspaltungen, für die führenden Kräfte im libyschen Übergangsrat oder für Rachid Ghannouchi, den Führer der tunesischen Nahda-Partei. Die Erfahrung scheint allerdings zu zeigen, dass es eine AKP nur geben kann, wenn und wo Demokratie bereits institutionalisiert ist. Für ausländische Akteure, die eine demokratische Transformation in Tunesien, Ägypten und anderen Staaten der arabischen Welt unterstützen wollen, heisst dies, dem Aufbau haltbarer demokratischer und rechtsstaatlicher Institutionen weiterhin besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Die Förderung der Demokratie muss sich dabei an alle richten, die bereit sind, sich auf das demokratische Spiel einzulassen. Keinesfalls kann es, wenn der Westen seine Glaubwürdigkeit behalten will, darum gehen, spezifische Parteien aufzubauen oder jene Kräfte zu privilegieren, die von sich selbst behaupten, säkular und schon deshalb demokratisch zu sein.

Volker Perthes ist Direktor der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin.